

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Älteste Zeitung des Bezirks

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite Petitzeile 20 Goldpfennige, Eingekauft und Reklamen 50 Goldpfennige.

Bezugspreis: Für einen Monat 2 Goldmark mit Nachtrag, einzelne Nummern 15 Goldpfennige. Gemeinde-Verbands-Kontokonto Nummer 2. Postfachkonto Dresden 12 548. Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nummer 2.

Verantwortlicher Redakteur: Felix Sebne. — Druck und Verlag: Carl Sebne in Dippoldiswalde.

Nr. 23

Mittwoch den 28 Januar 1925

91 Jahrgang

## Bärenfelder Staatsforstrevier. Brennholz- und Brennreisigversteigerung:

- 1.) Sonnabend 31. Januar 1925 Gasthof Niederpöbel nachmittags 5 Uhr 200 rm Brennholz und 150 rm Reisig, Abt. 1, 4, 5 und 16.
- 2.) Sonntag 1. Februar 1925 Gasthof Bärenfelds nachmittags 2 Uhr 200 rm Brennholz und 480 rm Reisig, Abt. 84, 90, 111, 113, 115 und 124. Forstamt Bärenfelds, 27. Januar 1925

## Derliches und Sächsisches.

**Dippoldiswalde.** Eine etwa viertelstündige Unterbrechung in der elektrischen Stromzuführung gab es gestern in der 6. Nachmittagsstunde. Der Grund hierfür dürfte in Witterungseinflüssen, Wind und Raufrost zu suchen sein.

Ein kalter Wind wehte gestern Abend durch die Straßen und ließ in der Nacht nur wenig nach. Heute Morgen regnete es leicht bei anhaltendem kaltem Winde, so daß die Straßen mit Glatteis überzogen, schwer passierbar wurden, doch ließ in den späteren Vormittagsstunden die Glätte wieder nach.

**Dippoldiswalde.** Gestern Abend hielt die 1. Begräbnisgesellschaft ihre Hauptversammlung in der „Reichskrone“ ab. Der Vorsitzende, Kassier-Ingenieur Schubert, erstattete den eingehenden Jahresbericht, der Kassierer, Feilermeister Kothke, den erhaltenden Jahresbericht. Ihnen sei folgendes entnommen: Das abgelaufene Geschäftsjahr war das 139. Lebensjahr der Gesellschaft, die in dieser Zeit in 1488 Sterbefällen rund 148 000 Mark Begräbnisgeld auszahlte. Während 1923 fünfmal die Beiträge u. s. w. infolge der Inflation geändert werden mußten, konnten 1924 die mit Januar eingeführten Sätze (50 Pfg.) Beitrag und 110 Mark Sterbegeld) beibehalten werden. Die Mitglieder hatten den großen Vorteil, daß infolge des Umlageverfahrens die Begräbnisbeiträge mit der Kapitalabflagerung vollwertig ausgezahlt werden konnte, was bei den auf dem Kapitalbedarfsverfahren beruhenden Lebensversicherungen eine Unmöglichkeit ist. 1924 waren wie 1923 18 Sterbefälle zu verzeichnen (die Versammelten erhoben sich zum ehrenden Gedenken an die Heimgegangenen von den Plätzen). 179 freigezeichnete Mitglieder sind zurzeit vorhanden; das älteste derselben ist ein Mann Namens Wolfram, der jetzt 100 Jahre alt ist, wenn — ja wenn er überhaupt noch unter den Lebenden weilt. In dieser Hinsicht tauchen Zweifel auf. Hohe Achtziger und auch Neunziger gibt mehrere. Die Einnahme betrug 2200,70 M., die Ausgabe 2133,65 M. Das Vermögen ist nach schätzungsweise festzustellen, da nicht feststeht, welche Aufwertung Wertpapiere und Staatspapiere erfahren. Die Jahresrechnung ist geprüft und wird richtig gesprochen. Die ausstehenden Vorstandsmitglieder — 1. Vorsitzender Schubert, 2. Kassierer Jädel und Rechnungsprüfer Heine — wählen man gegen deren Stimmen wieder. Schließlich kamen noch verschiedene rein interne Angelegenheiten zur Verhandlung. In vollkommen geordneten Verhältnissen tritt die Kasse in ihr 140. Lebensjahr ein, eine treue Hilfe in schwerer Zeit für ihre Mitglieder, ein Segen auch fernherhin trotz kommunaler Totenbestattung.

Der Aufwuf des alten noch im Umlauf befindlichen Papiergeldes, das vor dem 11. Oktober 1924 ausgegeben ist, steht in Kürze bevor. Damit werden endlich die häßlichen Milliarden Scheine aus dem Verkehr verschwinden.

Nach den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ wird voraussichtlich die Miete in Sachsen für Februar von 67 Prozent auf 70 Prozent erhöht. Der Mietzinssteuereanteil bleibt unverändert. Die drei Prozent Mietzinsbeitrag fließen dem Hauswirt zu.

Die sächsischen Handelskammern sind gemeinsam bei der Regierung vorstellig geworden, um eine Milderung des Steuerdrucks herbeizuführen. Sie verlangen u. a. baldigste Ausarbeitung der Gesehntwürfe über die Neugestaltung der Einkommen- und Körperschaftsteuer unter Heranziehung der amtlichen Wirtschaftsvortretungen, Nachveranlagung für das Geschäftsjahr 1924, Rückzahlung bei zuviel gezahlten Vorauszahlungen und weitere Steuerermäßigungen für besonders bedrängte Industrie- und Handelszweige. Ferner verlangen die Handelskammern weitere Herabsetzung der Umsatzsteuern, vollständige Befreiung der Luxussteuer und Prüfung der Frage der Befreiung von Ausfuhrwaren von den gesamten auf ihnen ruhenden Umsatzsteuerlasten.

In Fuß rund um die Erde. Drei Mitglieder des Touristenvereins „Die Naturfreunde“, Ortsgruppe Reunke, haben sich entschlossen, eine Reise in Fuß rund um die Erde anzutreten. Der festgelegte Reiseplan ist folgender: Südindien, Ostindien, Rumänien, Bulgarien, Türkei, Persien, Indien, China, Rußland (Sibirien), Ueberqueren der Wehringstraße, Nordamerika (Alaska), Britisch-Columbien, Mexiko, Panama, Brasilien, Argentinien, Ueberqueren des Atlantischen Ozeans, Südwestafrika, Wüste Sahara, Marokko, Meerenge von Gibraltar, Spanien, Frankreich, Belgien, Holland, Deutschland. Die voraussichtliche Dauer der Wanderung ohne längere Unterbrechung beträgt sieben Jahre. Es sind Fritz Gahof, Karl Hofert und Edmund König.

Ruppendorf. In unserem sonst so friedlichen Ort ist man immer noch sehr aufgeregt, daß es bisher nicht gelungen ist, den Brandstifter zu ermitteln, welcher im September vergangenen Jahres bei dem Viehhändler Otto Flemming das Schadenfeuer verursacht hat. Es würde sehr zur Beruhigung beitragen, wenn der feigliche noch ermittelt würde. — Vor kurzem wurde bei dem Wirtschaftsbester Hermann Horn, hier, eingebrochen. Der Einbrecher, welcher es jedenfalls nur auf Geld abgesehen hatte, hat

Fleisch und Wurstwaren nicht berührt, ist aber durch den Besitzer in seinem Vorhaben gestört worden, und durch das Fenster geschleift. Man nimmt an, daß es eine Person war, welche die örtlichen Verhältnisse des Hauses kennt.

**Wendischcarsdorf.** An Stelle des verstorbenen Friedensrichters Privatus Ernst Moritz Schäfer, hier, ist Bürgermeister Ludwig Schenk als Friedensrichter für Wendischcarsdorf mit Quisbezirk vom Justizministerium bestellt und in Pflicht genommen worden. Das Amt eines Gerichtsschöppen, das ebenfalls Privatus Schäfer verlor, ist dem Käfereibesitzer Richard Müller übertragen worden.

**Lungwitz.** Was praktischer Unternehmungsgelbst, Lust und Liebe zu Musik und Gesang, darstellerische Talente u. s. w. unter geschickter Leitung auswirken können, hat der Männergesangsverein „Frisch auf“ mit Aufführung der Operette „Der Wägener aus der Pölz“ am letzten Sonntag deutlich gezeigt. Die reizenden Lieder (Einzelgesang, Duette, Terzett und Chor) wurden von den Darstellern tonrein und sicher, natürlich und unbefangenen mit Klavier- und Orchesterbegleitung vorgetragen. An die Aufführung einer mehraktigen Operette können sich nur Vereine heranwagen, die über stimmbegabte und theatergewandte, unermüdbar fleißige Mitglieder verfügen, wie es im „Frisch auf“ der Fall ist. Die musikalische und Theaterleitung sowie die Mitwirkenden können stolz auf ihre Leistungen sein, zu denen sie alle ihr Bestes beigetragen haben, wofür auch durch den reichen Beifall gedankt wurde. Am 1. Februar wird die Operette in Reinhardtstr. wiederholt werden.

**Freital.** Zur Förderung des Handels und Gewerbes und zur Hebung des Verkehrs werden von diesem Jahre ab in unserer Stadt circa 37 000 Einwohner zählenden Industriestadt Jahrmärkte abgehalten. Der erste findet vom 1. bis 3. März und der Herbstjahrmarkt vom 13. bis 15. September statt. Für Beschaffung des Werbematerials haben die Ferianten selbst zu sorgen.

**Dresden, 27. Januar.** Die heutige Sitzung des Landtages begann mit einer am Donnerstag zurückgestellten namentlichen Abstimmung über den Antrag Orellmann (Dn.) betr. den Fall des Polizeioberleutnants Ohje. Der Antrag wurde mit 62 gegen 19 Stimmen bei Stimmenthaltung der Kommunisten abgelehnt. Dann wurde vor zwar vollbesetzten Tribünen, aber schwach besetzter Saale die am vergangenen Dienstag abgebrochene Beratung von Anträgen und Anfragen über Schulfragen fortgesetzt. Den Reigen der Redner eröffnete der sozialistische Lehrer Abgeordneter Schurig, der in ziemlich matter Weise die bekannten sozialdemokratischen Schulforderungen vertrat und vor allem die demokratischen Schuländerungen ablehnte. Redner zog dann über die Weihnachtsdenkschrift des Volksbildungsministers Dr. Kaiser her und verpöbelte deren Feststellungen und Vorschläge. Er warf dem Volksbildungsministerium vor, daß es den Pädagogen keine Zeit lasse, die angeblichen Ertragskrisen der Neuzeit in der Schule praktisch zu erproben, um ihre Gültigkeit nachweisen zu können. Auf einen Jurist des Abg. Siegert, daß man dazu doch schon fünf Jahre Zeit gehabt habe, entgegnete Redner, die schlechten, wirtschaftlichen Verhältnisse hätten das verhindert. Der sozialistische Abg. Köhler, seines Zeichens Fortbildungsdirektor, vertrat mit Wärme die Interessen der Berufsschule und ihrer Lehrer. Dann hielt der kommunistische Renner vor leerem Saale eine lange Rede. Er behauptete, die Schulfragen seien stets bis heute von politischen Gesichtspunkten aus behandelt worden. Nach Renner kam wieder ein Lehrer zu Worte, der dem nationalen Abg. Orellmann, der die in der Denkschrift niedergelegten Vorschläge verteidigte und weitergehende Forderungen aufstellte. Er kritisierte scharf die gegenwärtige in der Schule herrschende Zustände. Ein alter erfahrener Schulmann, der frühere Seminarlehrer und Kultusminister Dr. Seyfert, versuchte, die bestehenden Verhältnisse zu überbrücken. Er bezeichnete die Herausgabe der ministeriellen Denkschrift als politisch unerwünscht, wie sie sowohl der Linken wie der Rechten die Angriffe auf die Schule erleichtere. Er warnte davor, in dem, was man an der Schule zu beklagen habe, Zeichen des Verfalls zu sehen, es seien vielmehr die Anfänge eines wertvollen Neuen. Der radikal-sozialistische ehemalige Schulrat Abg. Artz wollte von Verstandsbildung nichts wissen und bezeichnete sie als unmöglich. Er meinte, die in der ministeriellen Denkschrift enthaltenen Vorschläge rüttelten an dem Gebäude der geltenden Schulaufhebung; es solle eine Schulreaktion herbeigeführt werden. Redner versicherte sich sogar zu der Behauptung, der Kampf gegen die Schule werde von der Schwerindustrie in der Hand geführt. Und dann drohte er dem Minister, es werde sich jede seiner Maßnahmen, mit der die Lehrerschaft nicht einverstanden sei, in der Schule tolfahren. In seiner Selbstüberhebung bezeichnete er die Denkschrift als die größte Dilletantenarbeit. Nach Artz sprach der Volksbildungsminister Dr. Kaiser, der noch einmal seine Denkschrift verteidigte und darauf hinwies, daß ihre Gegner sich erst einen politischen Standpunkt hätten konstruieren müssen, um die Denkschrift auszuwerten. Der Staat, so sagte er, müsse darauf achten, daß ihm die Staatschule nicht aus der Hand gleite, denn durch sie solle dem ganzen Volke gedient werden. Bei Abschluß des Berichts standen noch die Abg. Aldemann (Dn.), Vogt (Dn.) und Dr. Eberle (Dn.) auf der Rednerliste. Die nächste Sitzung findet Donnerstag den 29. Jan. nachmittags 1 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht der demokratische Antrag auf Aufhebung der Immunität für solche Abgeordnete, die als Redakteure verantwortlich zeichnen und wegen Preßvergehens strafrechtlich verfolgt werden.

Durch die Einverleibung von Wlasow, Koschitz, Welcher Kirch und 20 anderen Vororten nach Dresden ist der Zustand für Groß-Dresden eingetreten, daß zahlreiche Straßen, wie z. B. Schulstraße, Kottstraße, Bergstraße, Elbestraße u. s. w., fünf, sechs oder gar einmal vorhanden sind. Um diesem Umstand abzuhelfen, hat der Rat der Stadt Dresden den Stadtverordneten eine Vorlage zurechen lassen, wonach in allerhöchster Zeit die Umbenennung von 20 gleichnamigen Straßen von Dresden erfolgen soll.

**Dresden.** Zu dem Fall der Kontoristin Großmann wird mitgeteilt, daß auch die numeriert endgültig abgeschlossene gerichtliche Untersuchung keinerlei Beweis für das Vorliegen eines Mordes ergeben hat. Die Staatsanwaltschaft hat deshalb auch das Verfahren eingestellt.

In der Schwurgerichtshandlung wegen des Mordverfuges am Marienpark bei Posta wurden die Angeklagten

Drinkuth und Kofmann wegen gemeinschaftlichen Mordversuchs zu je acht Jahren Zuchthaus verurteilt, auch gehen sie auf je fünf Jahre der bürgerlichen Ehrenrechte verlustig. Die bisher erlassene Untersuchungshaft kommt mit fünf Monaten in Anrechnung. Beide Angeklagte unterwarfen sich sofort dem Urteile. Landgerichtsdirektor Seyfert führte in der Begründung kurz aus, es habe sich im vorliegenden Falle um eine ungewöhnliche Rohheit gehandelt. Beide begingen das Verbrechen gemeinschaftlich, und mit voller Ueberlegung. Obgleich die Angeklagten bisher unbestraft sind, so mußte das Gericht auf eine empfindliche Bestrafung zu kommen. — Was die zuvor gemeinsam mit der Wjch in Charlottenburg begangene Dieberei anbelangt, so hat in diesem Falle die Staatsanwaltschaft beim Schöffengericht Charlottenburg gegen alle drei Anklage erhoben.

**Dresden.** Die sächsischen Handelskammern sind gemeinsam bei der Regierung vorstellig geworden zwecks Herbeiführung einer Milderung des Steuerdrucks. Unter anderem wird verlangt: baldigste Ausarbeitung der Gesehntwürfe über Neugestaltung der Einkommen- und Körperschaftsteuer unter Heranziehung der amtlichen Wirtschaftsvortretungen, Nachveranlagung für 1924, Rückzahlung bei zu viel gezahlten Vorauszahlungen und weitere Steuerermäßigungen für besonders bedrängte Industrie- und Handelskreise. Weiter wird gefordert: Nachmalige Herabsetzung der Umsatzsteuern, vollständige Befreiung der Luxussteuer und Prüfung der Frage der Befreiung von Ausfuhrwaren von den gesamten auf ihnen ruhenden Umsatzsteuerlasten.

König Friedrich August wohnte am Donnerstag in Sigmaringen der Taufe des neugeborenen Enkels, des zweiten Sohnes des Prinzen und der Prinzessin Franz Joseph von Hohenzollern bei. Der Erzbi des Klosters Beuron vollzog die Taufhandlung. Der Täufling erhielt den Namen des heiligen Meinrad.

Gerüchte von einem Raubanfall gingen in den letzten Tagen in Roffen und Umgegend um. Auf der Straße nach Jella wurde ein junger Mann durch Schläge ins Gesicht arg verletzt. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. Es ist möglich, daß eine Personenverwechslung vorliegt und die faulstichige Lektion einem andern zugebacht war.

Die Aufstellung eines Rundfunkwischenfenders in Kirchfeld ist angeregt worden, um so für die Lausitz den Empfang mit Detektor zu ermöglichen. Man will dabei das ausgeübte Leitungsnetz der Kirchfelder Kraftzentrale zur besseren Verbreitung der Funknachrichten mit verwenden. Dazu hat die Amtliche Gesellschaft Sächsische Werke erklärt, daß sie sich mit dieser Frage bereits beschäftigt habe. Es hänge aber noch von einigen wirtschaftlichen und technischen Erwägungen ab, ob und in welchem Umfange und welcher Form der Anregung nachzukommen sei.

**Bad Schandau.** Auf dem Bahnhof Bad Schandau sind die Arbeiten zur Unterführung der Gleise im Gange. Vorläufig ist an der dem Bahnhofgebäude gegenüberliegenden Gleiswand ein sogenannter Inselbahnsteig in Angriff genommen. Die von Dresden ankommenden oder nach der Lichedossowalke reisenden Fahrgäste müssen dann dort drüben ein- bzw. aussteigen. Mit diesen Bauarbeiten wird ein schon längst empfandener Uebelstand beseitigt.

**Königsfeld.** Die diesige Kirchengemeindevertretung beschloß sich in ihrer letzten Sitzung mit der wichtigen Frage der Ausparung von Porsdorf, das nach der Ausparung von Porschen und Waltersdorf zusammen ein selbständiges Kirchspiel bilden würde. Die Ausparungsverhandlungen sind so weit geblieben, daß der Vertrag voraussichtlich bald abgeschlossen werden dürfte.

**Leipzig.** Am Sonnabend vormittag kürzte eine Arbeiterin in der Poststraße beim Abpringen von einem Straßenbahnwagen so unglücklich, daß sie einen Schädelbruch davontrug. — Am gleichen Tage nachmittags gegen 1 Uhr ereilte einen 57-jährigen Schmied beim Absteigen in der Frankfurter Straße an der Gosthofbrücke daselbe Schicksal, wobei er außer einer Schalterverrenkung auch einen Schädelbruch erlitt. Beide Verunglückte wurden nach dem Krankenhaus transportiert.

**Chemnitz.** Der bei der Chemnitzer Handelskammer gebildete Hotelbau-Ausschuß zur Errichtung eines modernen Großstadthotels hat in weitesten Kreisen der Bevölkerung reges Interesse gefunden. Durch die Kriegsfolgen waren in Chemnitz elf Fremdenhöfe eingegangen. Mit ihnen sind für das abernachende Publikum etwa 400 Zimmer mit 500 Betten verloren gegangen. Das geplante Großstadthotel wird mit ungefähr 250 Zimmern diesem Mangel Abhilfe schaffen und für groß angelegte Versammlungsstätten und Sitzungszimmer Sorge tragen, die wieder Fachverbandsversammlungen und Kongresse nach Chemnitz ziehen sollen. Auch für 20 bis 30 Kraftwagen wird zweckentsprechende Unterkunft geschaffen werden.

Am Freitagabend beging die ursprünglich aus der Tuchmachergunft hervorgegangene Chemnitzer Oloferinnung unter außerordentlich harter Beteiligung die Feier ihres 250-jährigen Bestehens.

**Annaberg.** In Hermannsdorf brannten am vergangenen Freitag das Wohn- und Wirtschaftsgebäude des Kunze-Gutes nieder. Der entstandene Schaden ist groß. In Reichenbach i. V. wurde in der Nacht zum Montag die Scheune des Gutsbesizers Florus Veit eingedachert. Es wird Brandstiftung vermutet, denn schon vor acht Tagen wurde einmal verurteilt, die Scheune in Brand zu setzen.

**Klingenthal i. S.** Die Geschäftslage in der Harmonika-Industrie verschlechtert sich von Woche zu Woche. Im Jahre 1924 betrug der Rückgang der Ausfuhr, verglichen mit der Zeit vor dem Kriege, 35 v. H.; im Oktober 1924 wurden 119 000, im November nur noch 79 000 Harmonikas ausgeführt. — Die Totenbestattung auf Gemeindegeldern ist in unserer 6000 Einwohner zählenden Stadt seit 9 Monaten im Gange. In dieser Zeit fanden 39 Beerdigungen statt, die einen durch Gemeindegeldern zu beschaffenden Aufwand von 3400 Mark verursachten. Es hat demnach im Durchschnitt jede Bestattung 87 Mark gekostet.

**Wachsen.** Der Bezirksauschuß beschloß die Einführung der Betriebssteuer als Bezirkssteuer, wobei Besteuerung nach der Menge stattfinden soll.

Die deutsche Antwortnote auf die letzte Kölner Zwischennote der Botschafterkonferenz ist in Paris überreicht worden.  
Reichsfinanzminister Frenken kündigte im Aufwertungsausschuß des Reichstages eine Ergänzung der dritten Steuernotverordnung an.  
Der französische Ministerpräsident Herriot sprach sich für den weiteren Ausbau der Militärkontrolle aus.  
Die öffentliche Sitzung des obersteilischen Provinziallandtages gestaltete sich zu einer bemerkenswerten Kundgebung gegen die Nichträumung der Kölner Zone.

## Der Raub des Weichselufers.

Noch herrscht im ganzen deutschen Volke tiefe Erregung über das bittere Unrecht, das uns durch die vertragswidrige Verlängerung der Kölner Besetzung zugefügt wird, da bereitet sich an der Ostgrenze des Reiches ein erneuter Rechtsbruch gegenüber dem wehrlosen Deutschland vor. Ostpreußen, das durch den Friedensvertrag schon vom Reich getrennt ist, soll nun entgegen dem Friedensvertrag auch noch von der Weichsel abgeschnitten werden. Der Versailler Vertrag sah als wesentliche Grenze Ostpreußens den Lauf der Weichsel bis an die Südgrenze des Kreises Marienwerder vor. Ausdrücklich bestimmt der Vertrag, daß Grenzen, die durch Flüsse gekennzeichnet werden, sich so verstehen, daß die Mitte der Fahrtrinne gemeint ist. Eine Einschränkung wurde nur hinsichtlich der Volksabstimmung in den Kreisen Rosenberg, Stuhm, Marienwerder und Marienburg gemacht, deren Ergebnis zur Zeit der Vertragsfestsetzung ja noch nicht bekannt war. Es ist bekannt, wie günstig diese Volksabstimmung für Deutschland ausgefallen ist.

Run hatten sich die Polen trotzdem des östlichen Weichselufers bemächtigt und, fufend auf einigen Täfelchen und unbedeutenden Wortkläuberereien wollten die Polen dieses Weichselufer nicht aufgeben, trotzdem den Deutschen im Versailler Vertrag selbst für den ungünstigen Ausgang der Volksabstimmung der Zugang zur Weichsel versprochen ist. Wegen des energischen deutschen Protestes unterließ es die Botschafterkonferenz, die polnische Annexion als berechtigt anzuerkennen, sie traf immer nur vorläufige Entscheidungen. Nun glaubt man in dem Augenblick, da der große Vertragsbruch in Köln begangen wird, eine solche „Papillie“ so nebenbei mit erledigen zu können. Deshalb soll vom 1. Februar ab die vorläufige Entscheidung der Botschafterkonferenz endgültig werden.

Abgesehen von der wirtschaftlich außerordentlich drückenden Abtrennung Ostpreußens von der Weichsel würde diese endgültige Polonisierung des östlichen Weichselufers aber auch eine Gefahr für das dahinter liegende Tiefland bedeuten, da die Polen kein Interesse an der Instandhaltung der Dämme haben. Einen wirtschaftlichen Vorteil besitzt Polen von seiner Annexion überhaupt nicht, denn dem schmalen Uferstreifen fehlt jedes Hinterland. So ist die Bestimmung der Botschafterkonferenz der Vertragsbruch und die weitere Abschneidung Ostpreußens nichts als ein Eingehen auf die imperialistischen Wünsche Polens.

## Die Zwischennote.

Wachung jeder Erörterung über die Räumungsfrage. Die von den alliierten Vertretern dem Reichskanzler übergebene neue Zwischennote in der Kölner Räumungsfrage wird jetzt im Wortlaut veröffentlicht. Die entscheidende Stelle der Note lautet folgendermaßen:

„Die alliierten Regierungen haben im gegenwärtigen Augenblick nicht die Absicht, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung dieser Angelegenheit einzutreten oder sich auf Behauptungen einzulassen, die sie in keiner Weise anerkennen können.“

Die Note verweist dann auf die bereits in der ersten Zwischennote vom 5. Januar enthaltene Mitteilung, daß die Alliierten der deutschen Regierung eine neue Mitteilung zu einem möglichst nahen Zeitpunkt zukommen lassen werden.

Schon jetzt müssen sie indes — so fährt die Note wörtlich fort — die deutsche Regierung darauf hinweisen, daß diese die Tragweite der Artikel 428 und 429 des Vertrages von Versailles zu verkennen scheint. Diese Artikel haben die Dauer der Besetzung der rheinischen Gebiete auf fünfzehn Jahre festgesetzt und haben eine Abfözung dieser Frist nur für den Fall vorgesehen, daß Deutschland die Bedingungen des Vertrages von Versailles getreulich erfüllt. Da gewisse Bedingungen dieses Vertrages nicht getreulich erfüllt worden sind, können die alliierten Regierungen sich nur an die Vertragsbestimmungen halten. Es ist Sache Deutschlands, durch Erfüllung seiner Verpflichtungen die alliierten Regierungen instand zu setzen, in dem Besetzungsregime die im Artikel 429 vorgesehene Wiedereingetretene zu lassen.“

Zum Schluß versichern die Alliierten, daß sie ihrerseits die Absicht haben, die Bestimmungen dieses Artikels aufs genaueste zu erfüllen.

## Räumung und Entwaftung.

Neue Reden in der Pariser Kammer.

In der französischen Kammer hat wieder einmal eine große Aussprache über die „Sicherheit Frankreichs“ die Entwaftung Deutschlands und die Arbeit der Militärkontrollkommission stattgefunden. Der Abgeordnete Fabry glaubte den Beweis dafür erbringen zu können, daß Deutschland instand sei, eine große Armee zu mobilisieren (!) und daß es überhaupt kein Mittel gäbe, Deutschland zur Entwaftung zu bringen. Der Abgeordnete ging alsdann auf die Tätigkeit der Kontrollkommission ein und erklärte, sie habe sich an dem eisernen Willen gestoßen, der die Führer in Deutschland, besonders die beiden Führer der Reichswehr in Deutschland, Reichswehrminister Gessler und General Seeck, charakterisierte. Die für die Einstellung der Kontrolle verlangten Bedingungen seien bis heute noch nicht erfüllt worden. Der Widerstand Deutschlands gegen die Kontrolle habe nicht erst mit der Kontrolle, sondern schon Anfang 1922 begonnen. Der ehemalige Kriegsminister Maginot schloß sich diesen Behauptungen an.

## Herriot über die Militärkontrolle.

Darauf griff Ministerpräsident Herriot in die Debatte ein und erklärte, auch er mache ebenso wie Maginot für die Schwierigkeiten, denen die Kontrollkommission ausgefetzt sei, Deutschland verantwortlich, und er habe deshalb die Räumung der Kölner Zone verweigert. Die im Jahre 1922 schwierigen Operationen seien nach der Ruhrbesetzung unmöglich geworden und konnten erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1924 infolge der Besprechungen von Chiquers aufgenommen werden. Die Kontrollkommission, so fuhr Herriot weiter fort, habe den Beweis dafür erbracht, daß 20 000 Gewehrläufe bei Krupp in Essen während der Ruhrbesetzung hergestellt und nach dem nichtbesetzten Gebiet geschickt worden seien. Man müsse alle Energie daran setzen,

### die Kontrolle auszubilden.

Es gebe allerhand, was Frankreich in dieser Hinsicht Deutschland zugestehen könne und zugestehen müsse. Er faßte dann seine Ansicht nochmals dahin zusammen, daß die Kontrolle schon immer schwierig gewesen sei, daß sie aber nur durch die Einigkeit unter den Alliierten überhaupt möglich sei.

In der Nachmittagsitzung setzte der Abg. Fabry seine Rede fort. Der Redner beschäftigte sich eingehend mit den angeblichen geheimen Rüstungen Deutschlands und erörterte in besonderen die Frage des Effektivbestandes der Reichswehr und der deutschen Polizei. Die Schupo bezeichnete er als eine wahre Armee zum Schutz der Rheinlinie. Deutschland habe 12 Divisionen am Rhein und 11 weitere östlich bereit.

### Keine Räumung ohne neuen Sicherheitspakt.

Fabry kommt zu dem Schluß, die Kölner Zone dürfe auch dann nicht geräumt werden, bevor Frankreich von seinen Alliierten und von Deutschland selbst greifbare Zusicherungen gegen einen Angriff erhalten habe. Die Besetzung des Rheines sei das einzige Mittel, um Frankreichs Sicherheit zu gewährleisten.

## Dänische Versprechungen.

Ministerpräsident Stanning über die deutsch-dänische Grenzfrage.

Der dänische Ministerpräsident Stanning hielt dieser Tage in einer Versammlung des Grenzvereins in Hydrup eine Rede über die außenpolitischen Aufgaben Dänemarks und erwähnte dabei auch die Frage der Lösung der deutsch-dänischen Grenzfrage. Nachdem er die Verhältnisse in Nordschleswig vor dem Krieg und die Wiedervereinigung mit Dänemark erwähnt hatte, sagte der Ministerpräsident u. a.:

„In den an Dänemark gelangten Gebieten befindet sich eine deutsche Minderheit, die sogar so groß ist, daß sie einen Vertreter in den dänischen Reichstag entsandt hat. Die deutsche Minderheit wird bei uns keiner Zwangsherrschaft unterworfen. Sie soll kulturelle Freiheit genießen, und es soll ihr gestattet sein, nach eigenem Wunsch die deutsche Sprache und die deutsche Kultur zu betreiben. Die neue Grenze ist eine Tatsache, und auf beiden Seiten der Grenze sollte man damit rechnen und sich danach richten. Daraus ergibt sich auch, daß jede Art von Agitation unterlassen werden sollte, die diese Tatsache nicht respektiert. Angehts unseres nachbarlichen Verhältnisses zu Deutschland und unseres Ansehens in der Welt müssen wir eine Entscheidung respektieren, die mit unserer Zivilisation und unserer Kultur übereinstimmt.“

Der Ministerpräsident gab weiter dem Wunsch Ausdruck, daß die dänische Minderheit südlich der Grenze ebenso gute Bedingungen erhalte wie die Deutschen in Nordschleswig. Vor kurzem hätten Vertreter der deutschen und der dänischen Regierung eine Konferenz abgehalten, die den Zweck hatte, gegenseitige Aufklärung über die Verhältnisse an der Grenze zu schaffen. Diese Konferenz wird von beiden Seiten als Erfolg bezeichnet. Es bestehe kein Zweifel darüber, daß sie fruchtbar sein werde. Dergleichen Besprechungen würden möglicherweise fortgesetzt.

## Das neue Aufwertungsgesetz.

Erklärungen des Reichsjustizministers.

Im Aufwertungsausschuß des Reichstages legte der Reichsjustizminister Frenken den Standpunkt der neuen Reichsregierung in der Aufwertungsfrage ausführlich dar. Er betonte zunächst, daß die Reichsregierung die in der Öffentlichkeit erhobenen Rechtsbedenken gegen die Notverordnung vom 4. Dezember 1924, die die dritte Steuernotverordnung und ihre Durchführungsbefugnisse auf eine neue zweifelsfreie Rechtsgrundlage stellen sollte, nicht teilen könne. Im übrigen sei die Verordnung vom 4. Dezember 1924 nur zur einstweiligen Regelung der Aufwertung bestimmt. Die Reichsregierung steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden kann.

Weiter teilte der Reichsjustizminister mit, daß eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der dritten Steuernotverordnung in Vorbereitung ist. Die Vorarbeiten sind so weit vorgeschritten, daß die Reichsregierung die Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften für nahe Zeit in Aussicht stellen kann. Für mögliche Beschleunigung ist Sorge getragen.

Reichsfinanzminister v. Schlieben, der nach dem Justizminister das Wort ergriff, betonte die Notwendigkeit einer endgültigen Regelung, damit die Wirtschaft in der Folge von Beunruhigungen durch die Aufwertungsfrage verschont bleibe. Bei den öffentlichen Anleihen denke er sich die Aufwertung so, daß mit in erster Reihe die bedacht werden, die dem Reich in der Zeit der Not mit ihrem Gelde beigesprungen seien, und unter d. s. n. mußten wiederum die Bedürftigen bevorzugt werden. Große Schwierigkeiten bereite die Unterscheidung zwischen altem und neuem erworbenem Anleihebesitz. Man hoffe aber, jetzt einen Weg gefunden zu haben, der für die

Banken gangbar sei. Er hoffe bestimmt, daß die Banken an der vorgesehenen Art der Regelung mit allen Kräften mitwirken und auch Mühen und Kosten nicht scheuen würden.

## Der Kutischer Skandal.

Neue Enthüllungen im preussischen Untersuchungsausschuß.

Der Ausschuß des Preussischen Landtages zur Untersuchung der Geschäfte der Preussischen Staatsbank (Seehandlung) setzte am Mittwoch die Nachprüfung des Kutischer Skandals fort. Der Vorsitzende, Prof. Dr. Selbig, richtete zunächst an die Vertreter der Staatsbank die Frage, ob bei dem Beginn der Geschäftsverbindung mit Kutischer alles normal zugegangen sei, ob für die eingeräumten Kredite die nach den normalen Geschäftsbedingungen ausreichende Deckung vorhanden war und wann die Verbindung mit Kutischer anormal geworden ist.

Finanzrat Brettenfeld: Im Dezember dadurch, daß Hundwechsel in das Lombarddepot eingeliefert worden sind. Diese Wechsel hatten eine Höhe von 32 000 Pfund und sind später eingelöst worden, aber

auf irregulärem Wege. Sie wurden von dem Lombardbeamten ohne Kenntnis der Generaldirektion zurückgegeben und durch andere Wechsel ersetzt. Diese sind auch wieder herausgegeben und durch andere ersetzt worden, wiederum ohne Genehmigung des Sachbearbeiters. Der Lombardbeamte war der inzwischen abgetauchte Bankoberinspektor Bode. Nach der Stadtilisierung wurde eine genaue Prüfung der Bage aller Darlehen vorgenommen, wobei auch das Konto Kutischer-Bankhaus Stein in Ordnung gefunden wurde. Nachträglich hat sich herausgestellt, daß diese

Prüfung in groß fahrlässiger Weise vorgenommen worden war. Anfang Februar wurden deswegen die drei Schuldigen Beamten entlassen. Die Sachbearbeiter haben vermutlich guten Glaubens gehandelt. Insbesondere Herr v. Röhre hat das Bankhaus F. v. Stein (dessen Inhaber Kutischer ist), immer als potenten Kunden bezeichnet.

Auf Fragen aus der Mitte des Ausschusses bekräftigte der Präsident der Staatsbank, Schröder, daß die Sachbearbeiter in der Inflation eine gewisse Freiheit in der Bewertung beim Lombardverkehr gehabt hätten.

Die Kutischer den Weg nach Deutschland fand.

Die Untersuchung wandte sich dann der Frage zu, wie und mit wessen Unterstützung die Kutischer, Barinat usw. in Deutschland wohnen und hier ihre Geschäfte machen konnten. Ein Vertreter des Innenministeriums erklärte auf Befragen:

Nach den bisherigen Ermittlungen ist Swan Kutischer mit Frau und Sohn am 1. 6. 1920 nach seiner eigenen Angabe aus Mittau zugereist ohne Paß und Sichtvermerk. Anfang 1922 sind die Behörden auf ihn aufmerksam gemacht worden durch eine Firma Haberling, die ein Strafverfahren gegen Kutischer einleitete und zugleich seine Ausweisung beantragte. Am 21. März 1922 hat das Wohnungsamt Wilmersdorf Kutiskers Ausweisung beantragt, weil er

ohne Genehmigung eine Sechszimmerwohnung bezogen hatte. Kutischer selbst hatte am 16. Oktober 1922 eine Aufenthaltsgenehmigung beantragt, in der als besondere Referenz, nachdem er inzwischen Inhaber der Firma v. Stein geworden war, eine Empfehlung des Beauftragten des deutschen Gesandten bei der Regierung Letlands und Estlands dem Polizeipräsidenten vorlag. Trotz dieser Empfehlung hat am 19. Oktober 1922 das Polizeiamt Wilmersdorf die Ausweisung Kutiskers verfügt. Da erschien der Fabrikant Blau und erklärte, daß

Kutischer unentbehrlich

in Deutschland sei und hat, den Ausweisungsbefehl zurückzunehmen und der Aufenthaltsgenehmigung stattzugeben. Am 7. November erteilte Geh. Rat v. Mollen die Aufenthaltsgenehmigung und vom Zentral-Wohnungsamt wurde am 5. Januar 1923 dem Kutischer die Wohnung endgültig zugewiesen.

## Politische Rundschau.

Berlin, 28. Januar 1925.

Der Vorstand der deutsch-hannoverschen Partei hat den bekannten deutsch-hannoverschen Führer und Politiker Heinrich Langenkamp aus der Partei ausgeschlossen.  
Die preussische Staatsregierung hat von einer Erhöhung der Miete für Monat Februar abgesehen.

Strefemann und die Kölner Räumungsfrage.

Eine Berliner Zeitung veröffentlichte vor einigen Tagen eine Meldung aus Washington, in der unter Bezugnahme auf den Berliner Bericht einer amerikanischen Zeitung behauptet wird, daß eine private Sondierung der englischen Regierung wegen gleichzeitiger Räumung der Kölner Zone und des Ruhrgebiets vom 10. Mai 1925 von dem deutschen Außenminister Dr. Strefemann abgelehnt worden sei. Diese Behauptung ist, wie von zuständiger Stelle versichert wird, vollkommen unzutreffend. Eine private Sondierung der englischen Regierung ist nicht erfolgt. Soweit die Frage des Kompromisses der gleichzeitigen Räumung beider Gebiete in privaten Unterredungen erörtert worden ist, hat der Außenminister vielmehr gegenüber einer derartigen Anregung sich in demselben positiven Sinne geäußert, den Reichskanzler Dr. Luther in seiner Reichstagsrede vom 21. Januar gegenüber dieser Frage zum Ausdruck gebracht hat.

Die Botschafterkonferenz gegen Krupp.

Die Firma Krupp hat der argentinischen Regierung auf Verlangen ein Angebot zur Lieferung von Dampfkesseln für argentinische Torpedoboote unterbreitet. Die Botschafterkonferenz erhob gegen dieses Angebot Einspruch mit der Androhung disziplinarischer Maßnahmen, falls das Angebot nicht zurückgenommen wird. Die Botschafterkonferenz sieht in dem Angebot einen Bruch des Friedensvertrages, der Deutschland verbietet, Kriegsmaterial ohne besondere Erlaubnis der Alliierten herzustellen. — Wie hierzu von unterrichteter Seite erklärt wird, hat die argentinische Regierung tatsächlich ein Angebot der Firma Krupp ananom-



# Schloßkeller

Dresden, Schloßstraße 16  
Telephon 20379, 15459

Täglich 6 Uhr:  
Künstler-Konzert  
der Pommer-Kapelle

## Bier- und Speisehaus

Feinlich sorgfältig geleiteter Küchenbetrieb  
Jed. Dienstag u. Freitag Schlachtfest. — Eigene Schlächterei m. Motorbetz.  
Zum Auspacken gelangen: Kulmbacher Reichelbräu, hell u. dunkel, höchst-  
prozent. Exportbierqualitäten. — Erschwingliche Preise. Spezial-Bier-Büffet

Sparen und vor allen den alten Leuten eine Aufwertung des in öffentlichen Werten angelegten Vermögens mindestens in der genannten Höhe zugebilligt wird. Ebenso wichtig ist es, daß Reichshändler Luther, der als Finanzminister eine erschöpfende Lathraft an den Tag gelegt hat, sein Wort einlöst und das Aufwertungsgesetz wirklich „in kürzester Frist“ vorlegt.

### Sächsisches

**△ Bierflaschen.** Es ist allgemein bekannt, daß das Sonnenlicht nicht ohne Einfluß auf die Haltbarkeit von Flüssigkeiten ist und daß man daher zum Aufbewahren dieser Glasflaschen verwendet, die nicht, wie Fensterglas, klar und hell sind, sondern einen bestimmten, meist metallischen Farbton enthalten. Diese Farbstoffe sollen den Sonnenstrahlen Widerstand leisten. Insbesondere zum Aufbewahren bzw. zum Versenden von Bier war es unbedingt notwendig, festzustellen, welche Farbe die Haltbarkeit der Füllung am besten gewährleistet. Untersuchungen haben nun ergeben, daß dies im höchsten Maße bei dunkelrotbraunem Glase zutrifft. Die Brauereien haben denn auch schon seit langem derartig gefärbte Flaschen allgemein zur Einführung gebracht. In diesen Flaschen leidet die Qualität des Bieres, welche Sorte es auch immer sei, niemals.

**Dresden.** Vor den zahlreich versammelten Mitgliedern der geschäftsführenden Ausschüsse des Ortsvereins Dresden und des Wahlkreisverbandes Ostpreußen der Deutschen Volkspartei sowie vor den Dresdener Gruppenleitern der DVP sprach am Sonntagabend im Saale des Hotel „Continental“ der Wahlkreisvorsitzende Egg. Dr. Heinze über die Regierungsneubildung im Reich. In seinem ausführlichen Referat führte Dr. Heinze den Nachweis, daß die jüngste Regierungskrise nur als Teil einer politischen Dauerkrise gewertet werden dürfe, in der Deutschland sich seit Jahresfrist befindet. Die letzte Ursache dieser Dauerkrise liege in dem vielfach bewiesenen Unvermögen der sozialdemokratischen Partei, über ein detailliertes Programm hinauszukommen und an der Lösung der großen staatspolitischen Wiederaufbauaufgaben einer wertvollen Gegenwart auf die Dauer positiv mitzuwirken. In Erkenntnis dieser deutlichen Tatsache habe die DVP schon am 12. Januar vorigen Jahres den Beschluß gefaßt, das übrige zu tun, um zur Ermöglichung einer stabilen Mehrheitsregierung im Reich die Deutschnationalen Volkspartei zur positiven, verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen. Nach Überwindung zahlloser Widerstände und nach zwei überflüssigen Wahlkämpfen sei es nun schließlich gelungen, ein arbeitsfähiges Mehrheitskabinett zustande zu bringen, wenn auch die Gefahrenpunkte für das junge Kabinett mit dem betriebligen Ausgange der letzten großen Reichstagsverhandlungen nicht vollends beseitigt seien. Die Stärke der neuen Regierung liege nicht zuletzt in der Größe und Dringlichkeit der sozialpolitischen, kulturpolitischen Steuer- und finanzpolitischen Aufgaben, die jetzt vor ihr ständen. Erzelenz Heinze gab am Ende seiner fesselnden Darlegungen seinem Wunsch und seiner Hoffnung Ausdruck, daß der Regierung Luther mit ihrem Programm der sachlichen Arbeit zum Wohle des Volksganzen ein voller Erfolg beschieden sein werde.

**Wittgensdorf.** Zwei Schulknaben aus dem nahen Herrenhau bei Weickmann am Sonntag in der Mittagsstunde eine dem Gutsbesitzer Wienhold gehörige Strohhütte in Brand. Das Feuer griff mit solcher Gewalt um sich, daß es den herbeigeeilten Wehden nur unter äußerster Anstrengung gelang, die umliegenden Gebäude vor den gierigen Flammen zu retten. Die jugendlichen Brandstifter wurden in Haft genommen.

### Beste Nachrichten.

**Die deutsche Antwort bereits überreicht.**

**Berlin, 27. Januar.** Die Reichsregierung hat heute vormittag die Antwort auf die Kölner Zwischennote der Vorkonferenz der alliierten Vertreter übergeben. Über den Inhalt der Note verlautet, daß die Reichsregierung nochmals auf die endgültige Begründung für die gegnerischen Behauptungen dringt und sich dagegen verwahrt, daß Beschlüsse in der hier vorliegenden Form ohne Beweismaterial erhoben und die Abklärungsarbeiten dadurch aufs Schwerste gefährdet werden. Dabei dürfte auf die juristische Frage des Artikels 429 eingegangen werden, der durchaus im Zusammenhang mit Artikel 428 steht und mit gleichem Gewicht wie dieser die hier genannte Gesamtfrist von 15 Jahren für die einzelnen Zonen unabweisbar auf 5, 10 und 15 Jahre festsetzt.

**Die französische Antwort an Trendelenburg.**

**Paris, 27. Januar.** Der französische Handelsminister Raynaldy hat der deutschen Handelsvertragsdelegation die Antwort der französischen Regierung auf die deutschen Rückfragen vom letzten Freitag überreicht. Die Note verlangt von der deutschen Delegation nähere Einzelheiten über die Ansichten des Reiches hinsichtlich der elsass-lothringischen Kontingente sowie hinsichtlich der Einfuhr gewisser anderer französischer Artikel.

**Die Antwort der Reichsregierung auf die Räumungsnote der Alliierten.**

**Berlin, 27. Januar.** Die Antwort der Reichsregierung auf die Räumungsfrage ist heute vormittag den alliierten Vertretern überreicht worden. Sie lautet: Herr Vorkonferenz! In der dem Herrn Reichshändler am 26. Januar überreichten Note erklären die alliierten Regierungen, daß sie einwillen nicht die Absicht haben, die Frage der Räumung der nördlichen Rheinlandzone mit der deutschen Regierung zu erörtern oder die Paragraphe der deutschen Note vom 8. Januar einzugehen. Sie verschieben die bereits in ihrer ersten Note angekündigte Mitteilung derjenigen Punkte, von deren Erledigung sie die Räumung der Kölner Zone abhängig machen wollen, erneut auf eine spätere Zeit, wobei sie ebenso wie früher die Zustimmung dieser Mitteilung in Aussicht stellen. Im übrigen beschränken sie sich darauf, der deutschen Regierung eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 des Versailler Vertrages entgegenzubringen und die Behauptungen zu wiederholen, daß Deutschland die in diesen Artikeln vorgegebene Voraussetzungen für die fristgemäße Räumung der nördlichen Rheinlandzone nicht erfüllt habe. Die deutsche Regierung muß zu ihrem Bedauern feststellen, daß die Ausführungen der deutschen Note vom 8. Januar den alliierten Regierungen lediglich zu einer formalen Erwiderung Anlaß gegeben haben, die diese für Deutschland und für die europäische Verständigung so bedeutungsvolle Angelegenheit in keiner Weise fördert. Die alliierten Regierungen halten die deutsche Regierung wie auch die Öffentlichkeit noch immer in Unkenntnis des Tatsachenmaterials, mit dem sie den

von ihnen bereits vor mehreren Wochen gefaßten Beschluß begründen wollen. Das deutsche Volk wird wiederum der Nichterfüllung des Vertrags beschuldigt, ohne daß ihm die Möglichkeit gegeben würde, sich gegen diese Beschuldigung zu verteidigen. Die alliierten Regierungen ziehen aus einer einseitigen Beurteilung des Sachverhaltes die schwerwiegenden Folgerungen und lehnen es in ihrer neuen Note sogar bis auf weiteres ausdrücklich ab, mit der deutschen Regierung in eine Erörterung der Angelegenheit einzutreten. Die deutsche Regierung vermag nicht zu verstehen, in wiefern ihr eine Verkennung der Tragweite der Artikel 428 und 429 vorgehalten werden konnte. Sie hat nicht bestritten und bestritt nicht, daß diese Artikel die Räumung der nördlichen Rheinlandzone für den 10. Januar 1925 von gewissen Voraussetzungen abhängig machen. Ihre Behauptung geht vielmehr dahin, daß diese Voraussetzungen erfüllt sind. Die Tatsache der völligen Entwaffnung Deutschlands ist zu offenkundig, als daß die alliierten Regierungen die Nichterfüllung des vertragsmäßigen Räumungstermines mit dem gegenwärtigen Stand der deutschen Abrüstung begründen könnten. Die alliierten Regierungen scheinen in ihrer Note einen Unterschied zwischen der Tragweite des Artikels 428 und des Artikels 429 in dem Sinne machen zu wollen, daß die im Artikel 429 vorgegebene etappenweise Räumung eine von ihrer Entscheidung abhängige Vergünstigung für Deutschland darstelle. Dies würde dem klaren Wortlaut des Vertrages widersprechen, der keinen Zweifel darüber läßt, daß die Bestimmungen des Artikels 429 nicht weniger bindendes Vertragsrecht sind, als diejenigen des Artikels 428. Das gemeinsame Interesse an einer fruchtbaren politischen Zusammenarbeit gestattet es nicht, den gegenwärtigen Zustand, der das Schicksal eines großen deutschen Gebietes und seiner Bevölkerung im Ungewissen läßt, auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Die deutsche Regierung erwartet deshalb, daß die alliierten Regierungen die Mitteilung des angehängten Materials nunmehr alsbald folgen lassen und so die Voraussetzungen für eine Verständigung über die Beilegung des entstandenen Konfliktes schaffen.

### Schwere blutige Zusammenstöße nach einer sozialistischen Kundgebung in Berlin.

**Berlin, 28. Januar.** Nach einer großen sozialdemokratischen Kundgebung im Berliner Sportpalast, in der verschiedene sozialistische Abgeordnete gegen die Regierung Luther sprachen, kam es in der Potsdamerstraße zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten, bei denen es auf beiden Seiten zahlreiche Verletzte gab. Starke Abteilungen der Schutzpolizei vermochten nach fast einständigem Bemühen die Straße zu säubern und den vollkommen unterdrückten Verkehr wieder herzustellen.

### Streik in den Londoner Ministerien.

**London, 27. Januar.** Heute ist ein Streik des technischen Personals in den Ministerien und den Staatsämtern ausgebrochen. Der Grund des Streikes ist die Nichtentlassung eines Gewerkschaftsmitgliedes, das seine Mitgliedsbeiträge an die Gewerkschaft nicht gezahlt hatte. Das Arbeitsamt hatte sich geweigert, diesem Wunsch nachzukommen. Auch das königliche Schloss ist durch den Streik in Mitleidenchaft gezogen. Die Fahrstühle und Zentralheizungen sind außer Betrieb.

### Sungatisen gestorben.

**Berlin, 28. Januar.** Wie der „Tag“ auf Grund eines Fundes aus Peking meldet, ist Sungatisen an den Folgen der Operation, der er sich kürzlich unterzogen hat, gestorben.

### Trendelenburg nach Berlin berufen.

**Berlin, 27. Januar.** Auf der Tagesordnung der heutigen Kabinettsitzung standen verschiedene Fragen der schwebenden Handelsvertragsverhandlungen. Das Kabinett beschloß, den Staatssekretär von Trendelenburg zur Berichterstattung nach Berlin zu berufen.

### Das Aufwertungsgesetz kommt vor den Reichstag.

**Berlin, 27. Januar.** Wie die TI aus parlamentarischen Kreisen erfährt, rechnet man nach den heutigen Regierungserklärungen im Aufwertungsausschuß damit, daß das neue Aufwertungsgesetz dem Reichstage in drei bis vier Wochen zugehen wird. In der Zwischenzeit wird sich der Aufwertungsausschuß mit der Denkschrift des Reichsfinanzministeriums befassen, die eine kritische Zusammenfassung der Aufwertungsfragen in Gegenwart und Vergangenheit gibt.

**Der Völkerverbund für die internationale Einführung der Indexziffer Genf, 28. Januar.** Die Unterkommission der Wirtschaftskommission des Völkerverbundes, die gestern ihre Arbeiten abschloß, beschloß, allen Staaten die Einführung von Indexziffern für die Preisbildung auf dem Warenmarkt zu empfehlen, um die Gründe der Wirtschaftskrise besser prüfen zu können.

### Geschäftliches.

Wem zur jetzigen Zeit kein Weg nach Dresden führt, sei es zur Bedienung seines Bedarfes in den jetzt überall stattfindenden Inventur-Ausverkäufen, oder sei es zur karnevalistischen Belustigung, der verläumde nicht auch an sein leibliches Wohl zu denken. Einen vorzüglichen Mittagstisch zu angemessenen Preisen und ein vorzügliches echtes Bier erhalten Sie im Schloßkeller, Dresden, Schloßstraße 16. Der gute Ruf des Lokales verleiht für das Beste. Siehe auch das heutige Inserat. Von früh 8 Uhr bis abends warme Küche, dabei Unterhaltung von zwei Kapellen. Jeden Dienstag und Freitag Schweinefleisch.

### Kirchliche Nachrichten.

**Donnerstag den 29. Januar**  
Rippdorf, 8.30 Uhr Bibelstunde bei Hoffmann.  
Reichstädt, Abends 8 Uhr Bibelstunde bei Gutsbecker Martin Gleselt (Nr. 55)

**Sunges Mädchen**  
16-18 Jahre, für jetzt für das  
5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100.

**Getreide**  
kauft  
**Louis Schmidt**  
Visitenkarten: C Jehre



## Maschinenoel

**Kermann Lommatzsch**  
Drogerie zum Elefanten  
Dippoldiswalde

## Lösch & Otto

Bankgeschäft  
für Industrie und Landwirtschaft  
**Dippoldiswalde**  
Fernsprecher 18

## Wir gewähren Kredite

gegen entsprechende Sicherheiten  
Geschäftszeit: 8-1/2 und 2-6 Uhr  
Sonntags 8-1/2 Uhr

**Buschhaus**  
**Reinhardtsgrimma**  
Sonntags den 31. Januar  
**Schlachtfest**

wozu einladet **Otto Höbinger**

## Inventur-Ausverkauf

beginnt  
**Freitag, 30. Januar**  
Bitte beachten Sie meine Beilage in dieser Nr.  
**Modehaus Marschner**

**Kohls Gasthaus Höckendorf**  
Sonntag den 1. Februar nachmittags 3 Uhr  
**Preis-Skatspiel!**

## Sämtliche Erscheinungen des Büchermarktes

besorgt prompt die  
Wdg. Buchhandel der Papier- und Schreibwarenhandlung von  
**Ludwig Kästner**  
**Dippoldiswalde, Markt**  
Bergelshülse empfehlenswerter Bücher stehen kostenlos zu Diensten.

**Dampfärberei und chem. Waschanstalt**  
Max Günewald, J. Zedler Nachf.,  
Dippoldiswalde

färbt und reinigt alles!  
Häute werden auf neu vorgezogen  
Ein mitteljähriges, mittelstarkes  
**Pferd**  
Sucht zu kaufen  
Kernin Götzlich, Hirschsprung

**Bäcker-Lehrling**  
gelehrt.  
Sohn achtbarer Eltern, welcher das Bäckerhandwerk erlernen will, findet Beschäftigung in einer Brot- und Weißbäckerei des hiesigen Bezirkes. Offerten sind niederzulegen unter „Pferd steht zu“ in der Geschäftsstelle.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Offerten die Schule verläßt und das  
**Bäckerhandwerk**  
erlernen möchte, findet gute Aufnahme bei  
**Bäckermeister Walther**  
Luzanot, Burgstraße 124

**Schuhmacherlehrling.**  
Ein Knabe, welcher 11 J. hat, Schuhmacher zu lernen, wird angenommen bei  
**Buchmann, Markt 80**

**Strümpfe** werden mit Maschine angestrickt bei  
**Herrn. Moße, Herrergasse 98.**



mich denn auch. Und siehe da, gerade als ich meine Bereitwilligkeit erklären wollte, meldete sich so ganz verspätet, Dank der angegebenen Nadebeuler Adresse (auf Chiffre hätte es nicht geklappt!) ein Herr K., der ein Zimmer mehr suchte und dafür eine meiner N. Wohnung ganz ähnliche abgeben wollte. Nach einigem Hin und Her war die Sache glatt. Also ein Dreibein war fertig. Der Umzug konnte stattfinden. So dachten wir wenigstens! Aber weit gefehlt. Nun kam erst mal Nadebeuler dran. Ja in die Berliner Nadebeuler Wohnung (so wollen wir sie mal nennen), konnte mein Tauschpartner noch lange nicht rufen! Dort wohnte eine höchst unangenehme Zwangseinquartierung drin in Gestalt eines Ehepaars ohne Kinder. Die Gnädige machte allerhand Bedingungen, unter anderen auch durfte ihre künftige Wohnung nicht weit vom Tennisplatz liegen! usw. Da ging also wieder auf Suche in Nadebeul nach der Wohnung als Untermieter los. Schließlich war auch die gefunden. Bloß denken Sie sich das nicht so leicht, wie ich jetzt schreibe. Die Gnädige willigte also ein und ein anderes Zwangspaar zog wieder wo anders hin. Wohin, habe ich nicht erfahren. Interessierte mich auch nicht. Dann trafen mindestens 10 Parteien auf, die meine Wohnung haben wollten. Endlich war die Kette fertig und setzte sich zusammen:

Die Gnädige mit dem Tennisplatz zieht in die Wohnung einer andern Zwangseinquartierung, diese Zwangseinquartierung zieht in die Wohnung einer Familie, die auch als Zwangseinquartierung untergebracht war. Diese 4 bis 5 köpfige Familie (der 5. Kopf kommt erst im Januar!) zieht gang in meine Nähe in die Wohnung meines 4-köpfigen Hauswirtschwiegersohnes, und dieser Hauswirtschwiegersohn zieht in meine.

Schlus! Schlus! Jamohl scheinbar! Numero wollen wir den Tag des allgemeinen Umzugs feststellen. Das gab denn einen Heidenpaß. Jeder hatte was anders zu wünschen. Aber endlich war auch das geregelt und der Umzug wurde auf den 23. Oktober festgelegt. Also feste Pachen. Da kommt am Sonntag den 19. 10. der Hauswirtschwiegersohn und ruft alle Parteien zum Tausch auf den 21. 10. auf. Seine Frau will ihm das dritte Möbel schnell noch in der neuen Wohnung schenken. Auch hier war natürlich eine Aenderung, trotz des Zustandes dieser Frau, nicht mehr möglich, weil doch die Transportkosten nicht mehr sich umstellen konnten. Wir haben also mit recht gemischten Gefühlen dem 23. entgegen. Hältst oder hältst bis dahin nicht. Schließlich hats noch 14 Tage gehalten. Alsdann ging am 23. 7. Heidenpaß los und soweit ich erfahren habe, ist alles gut gegangen.

Allerhand Kleinigkeiten liegen sich auch vom Umzug noch erzählen, doch ... es sei genug des grausamen Spiels.

### Berregelte Lippen.

„Ja, Klaus, er hat ein Recht darauf.“ muß und helfen. wir allein können da nichts herausbringen.“

„Aber, wenn er ihn liebt,“ stammelte Marie-Luise. Die alte Dame lachte. Sie hatte ihre ganze Heiterkeit wiedergefunden. Die Hauptsache war, daß die beiden Kinder sich liebten, alles andere ließ sich glätten, wägen, ausfüllen. Das arme Ding, die Marliese! Da hätte sie sich betraue aus reiner Verzweiflung dem Enno Boyesen in die Arme geworfen. Wer weiß, ob es nicht schon geschehen wäre, wenn sie nicht zufällig hier gewesen wäre. Das konnte Klaus ihr einmal danken sein ganzes Leben lang. Klarheit mußte erst geschaffen werden, das war die Hauptsache. Und dann sollte es doch wunderbarlich zugehen, wenn nicht alles ins Lot kam.

„Gräme dich nicht, Marie-Luise, gib mir den Brief. — So, auch das Kubert mit dem Poststempel, das könnte wichtig sein. Und dann werden wir sehen. Natürlich, Klaus muß freie Hand haben, das mußt du ihm nun schon zugestehen. Ohne das geht's nicht. Aus dieser Geheimnisträmerie müssen wir heraus, so oder so, sonst gibt's doch noch ein Anheil.“

„Willst du mitkommen, Kind?“ Marie-Luise schüttelte den Kopf. „Ach nein, Tante, laß mich hier. Und wozu auch? Ich kann doch nichts anders mehr sagen, als dies.“

„Und hast du keine Vermutung, von wem der Brief sein könnte?“ Marie-Luise schüttelte den Kopf. Ihre Vermutung war zu vage, als daß sie sie selber hätte aussprechen mögen. Und dann, was lag auch daran? Es war ja wohl gleichgültig, wer diesen Brief geschrieben hatte. Nur daß er geschrieben werden konnte, daß jemand von Enno Boyesens Absicht Kenntnis hatte, das war das Wunderliche. Und dieser jemand mußte von einem Geheimnis, das sie angehen sollte, und von dem Baron Boyesen in Hasselrode auch wußte. Und Marie-Luise verfant in fruchtloses Grübeln, während Frau Pfarrer Ewald mit so eiligen Schritten, als sei sie plötzlich zehn Jahre jünger geworden, nach Hause lief. Schon an der Tür kam ihr Klaus entgegen. Sie nahm sich kaum Zeit, ihren Umhang abzuwerfen.

„Was ist geschehen, Mama?“ fragte Klaus bedrückt. „Enno Boyesen besuchte Marie-Luise?“ „Ja,“ rief die alte Dame ärgerlich und triumphierend zugleich. „Und wenn ich nicht dagewesen wäre, wer weiß, ob er sie dir dann nicht fortgeschleppt hätte. Denn das arme Ding ist so verängstigt, und verzweifelt über dein unbegreifliches Wesen, daß sie vielleicht ja gesagt hätte, wenn ich nicht dazwischen gekommen wäre. Das hättest du dann gehabt. Klaus, du bist wahrhaftig ein —“

Erschrocken sah Klaus Ewald seine Mutter an. Aber sie ließ ihn nicht zu Worte kommen. „Und das geht nun schon ein halbes Jahr,“ rief sie. „Ein halbes Jahr quält ihr euch nun schon oder vielmehr du quälst das Mädchen, und um ein Haar hättest du sie verloren. Und jetzt?“

„Du weißt nicht, Mama, was mich von ihr trennt.“ Ueber die alte Dame schien eine fast übermüthige Stimmung gekommen zu sein.

„Ach, ein Geheimnis, ein großes Geheimnis,“ sagte sie bedeutungsvoll. „Aber auch Geheimnisse kommen einmal an den Tag, ganz besonders, wenn zu viele davon wissen.“

Klaus Ewald sah seine Mutter erstaunt und betroffen an.

„Ja, mein Junge, diesmal scheint die Borsehung wirklich etwas für dich tun zu wollen, denn augenblicklich ist auch ein anderer hinter dieses Geheimnis gekommen, der nicht so zartfühlend ist wie du oder nicht so diskret.“

Klaus Ewald sah seine Mutter sassunglos an. Triumphierend reichte sie ihm den Brief. „Da lies! Das kam gerade, als ich fortgehen wollte, und wahrscheinlich war das auch noch ein beson-

deres Glück, denn wer weiß, ob das Kind in seiner Verzweiflung uns das nicht verheimlicht hätte.“

Befremdet nahm er das Kubert entgegen und zog den Bogen heraus, aber die Wirkung war eine ganz andere, als seine Mutter wohl erwartet hatte, denn so erregt sprang er auf, daß sie aus Herzensgrunde erschraf. Und mit zitternden Lippen las er noch einmal und noch einmal die wenigen Sätze.

„Kein Zweifel,“ murmelte er, „kein Zweifel!“ Und dann rannte er im Zimmer auf und ab, wie ein Löwe im Käfig. Eine Weile sah die alte Dame dem zu, dann ging sie ihm nach und hielt ihn am Arme fest.

„Willst du mir nun vielleicht einmal erklären, was das bedeutet, Klaus?“ Er schlang den Arm um sie und küßte sie liebevoll.

„Nein, liebe Mama, das kann ich nicht. Jetzt nicht, erst —“ Er ließ die Arme sinken. Ja, was soll nun erst geschehen?

Frau Pfarrer Ewald führte ihn zu einem Stuhl und drückte ihn darauf nieder.

„So, nun setz' dich einmal, mein Junge. Wenn du sagst, das kann ich nicht, dann wird's ja auch wohl sein. Aber eins wirst du mir doch sagen können, und das bist du mir schuldig. Hängt dieser Brief mit deinem ganzen Benehmen gegen Marie-Luise während dieser Zeit zusammen? Spielt er auf dasselbe an, was die Ursache davon ist?“

„Ich glaube wohl, Mama. Wenn auch nicht so, wie du vielleicht denkst.“

„Ich denke garnichts, Klaus. Ich sage dir nur, jetzt gilt es handeln, und was denkst du zu tun?“

Er saß unentschlossen da.

„Ich kann nicht den Ankläger Enno Boyesens machen, Mama, vor dem alten Baron.“

„So, das kannst du nicht. Aber du kannst zulassen, daß Marlieschen dem Jungen in die Hände fällt, dem Windhund und Großstadtmenschen, der sie ganz bestimmt freuzunglücklich machen wird, nicht wahr, das kannst du? Hättest du denn überhaupt vor, irgend etwas zu tun, oder wolltest du die Dinge gehen lassen wie sie gehen, im Vertrauen darauf, daß sie gut gehen?“

„Ich wollte morgen nach Hasselrode, um mit dem alten Baron zu reden,“ sagte Klaus Ewald nachdenklich.

„Gut, mein Sohn, dann wirst du das tun, als ob du von diesem Briefe nichts wüßtest. Mitnehmen wirst du ihn aber, wenn du ihn gebrauchen solltest. Und zwar wirst du ihn als Vertreter Marie-Luises mitnehmen. Oder warte einmal; vielleicht ist's noch besser, ich fahre selber nach Hasselrode.“

„Du, Mutter?“ Klaus Ewald sah seine kleine Mama mit wachsendem Erstaunen an.

„Ja, ich. Ich werde das am besten können. Du bist doch wohl zu sehr Partei in dieser Sache. Und schließlich steht es dir nicht an, gegen einen Nebenbuhler irgendeinen Schritt zu tun, der vielleicht verfehrt ausgelegt werden könnte. Aber ich, die ich von der ganzen Sache nichts weiß, nichts von diesem sonderbaren Geheimnis, ich werde gehen und den alten Herrn fragen, was es damit für eine Bewandnis hat, und zwar gleich heute nachmittag. Bitte, gehe eben zu Lorenz herum, daß er den „Kürbis“ anspannt.“

Klaus Ewald küßte seiner Mutter die Hand.

„Du hast recht, Mama. Du wirst es vielleicht am besten machen, nur — ist es Marie-Luise denn auch recht?“

Frau Ewald lächelte.

„Wenn du den Kürbis bestellst“ — der „Kürbis“ war die uralte Handtasche, die zu solchen Beranlassungen von Ader-Lorenz mit einem dicken Gaul bespannt in feierlicher Langsamkeit ihre Funktionen ausübte — „da kannst du eben zu ihr hergehen und sie fragen.“

Klaus abgerte einen Augenblick. Dann stand er auf.

„Ich gehe, Mutter.“ Sie zog seinen Kopf zu sich herab und küßte ihn — er mußte sich tief beugen.

„Du bist doch die Klügste und Beste, Mutterchen,“ sagte er zärtlich, und dann ging er.

Sie sah ihm nach, während er die Dorfstraße entlangging, solange, bis er im Magnussenschen Hause verschwand.

„Jugend, Jugend,“ murmelte sie. „Run bin ich doch gespannt, was aus dieser Sache werden wird.“

Aber sehr beunruhigt schien sie nicht zu sein, denn sie trank mit Seelenruhe ihren besten Staat zu der Fahrt im „Kürbis“ und den Besuch in Hasselrode hervor.

Unterdes stand Klaus vor Marie-Luise. Sie war sehr blaß, und ihre Hände zitterten leise.

„Marie-Luise, Mutter will nach Hasselrode zu Baron Boyesen fahren,“ sagte er.

„Tante Ewald?“

„Ja, Marie-Luise, es ist wohl das Wichtigste. Wenn du nicht selber —“

„Nein, nein,“ rief sie erschrocken. „Ich nicht, Klaus.“

„Es ist auch besser so. Klarheit muß werden jetzt. Der Brief erklärt viel — mehr als du dir denken kannst, Marie-Luise. — Und das Geheimnis, von dem er spricht, ist dasselbe, von dem ich dir damals sprach, weißt du noch?“

Sie nickte.

Er mußte sich bezwingen, um nicht vor ihr niederzuknien, sie in seine Arme zu nehmen, zu küssen, sie nicht mehr von sich zu lassen.

„Ich muß mit nach Hasselrode, Marie-Luise,“ sagte er. „Am Abend sind wir zurück.“

Sie spürte einen heißen, langen Kuß auf ihrer Hand, dann war er hinaus. Und sie sah ihn eilig die Straße entlanggehen, beinahe laufen. Sie sah auch ein wenig später die plumpe Kalesche die Landstraße entlangrumpeln und schaute ihr nach, bis sie in einer Staubwolke verschwunden war.

Der alte Baron Boyesen küßte galant die Hand der Frau Pfarrer Ewald.

„Sie wollten etwas Wichtiges mit mir besprechen, verehrte Frau Pastor?“ sagte er höflich fragend.

„Ja, sagte Frau Pfarrer Ewald resolut, wenn auch mit einem heimlichen Zittern in der Stimme. „Und daß es keine Kleinigkeit ist, das können Sie sich vielleicht denken.“

Der alte Herr lächelte höflich, aber noch immer ein wenig erkant. Und mit einigem Befremden nahm er aus Frau Ewalds Hand den Brief und sah verständlos auf die seltsame Adresse.

„Ein Brief an Fräulein von Magnussen. Und was soll ich damit?“

„Ich lesen,“ sagte Frau Pfarrer Ewald kurz. „Er geht Sie auch an.“

Baron Boyesen las, dann ließ er den Brief sinken. „Ich begreife nicht recht,“ sagte er mit einem Ton höchsten Befremdens.

„Vielleicht lesen Sie ihn noch einmal, Herr Baron. Ich begreife ihn freilich auch nicht, aber Sie müßten's doch eigentlich. Der Briefschreiber oder die Briefschreiberin behauptet es wenigstens.“

„Wer ist E. B.?“ fragte Baron Boyesen, „und was soll —“

„Bildlich verwandelte sich sein Gesicht.“

„Aber das ist ja, — das geht ja wohl meinen Keffen an.“

Frau Ewald nickte.

„Allerdings.“

Die Augen des alten Herrn blühten.

„Und wenn es nicht indiskret ist — Sie wissen doch wahrscheinlich, was das heißen soll?“

Er schlug mit der Hand auf das Blatt und las, jedes Wort betonend: „Seine schönen Worte sind Lügen.“

„Recht zu erklären,“ sagte die alte Dame, „und da Geheimnistueret hier doch wohl sehr unangebracht wäre, ist's am besten, man sagt es frei heraus. Ihr Keffe hat Marie-Luise einen Heiratsantrag gemacht. Was das andere heißen soll, weiß ich freilich nicht. Das geht ja auch nur Sie an.“

Das Gesicht des alten Herrn war ernst geworden. Seine Lippen preßten sich fest aufeinander und er atmete kurz und heftig.

„Also doch, ich ahnte es.“

Er sah eine Weile still da. Dann ergriff er die Hand der alten Dame.

„Ich habe Ihnen zu danken, Frau Pastor,“ sagte er gemessen. „Ich werde das Nötige veranlassen.“

Er sah so finster aus, daß Frau Ewald erschraf. Aber sie war ja noch nicht zu Ende! Der schwerere Teil kam noch.

„Das arme Kind!“ sagte der alte Herr. „Aber diese ganze Sache ist ja unerhört. Leider kann ich Ihnen den Zusammenhang auch nicht so erzählen, wie ich es wohl möchte.“

Frau Ewald lächelte.

„Geheimnisse über Geheimnisse! — Aber die Sache ist damit noch nicht abgetan, Herr Baron. Und jetzt müssen Sie mich schon ein bißchen anhören. Denn dies Geheimnis hat mir nun schon soviel Kummer gemacht, aber ein halbes Jahr lang, daß ich wenigstens einen Bissel davon lästern möchte.“

„Ihnen, Frau Pfarrer?“

Der Baron beugte sich befremdet vor.

„Ja, mir. Denn sehen Sie, meinen Klaus geht es auch irgendwie an. Wie, weiß ich freilich gar nicht, kann mir's auch nicht einmal im entferntesten denken, denn der Junge ist so verschlossen, wie — nun gerade, wie es sein seliger Vater mit seinen sogenannten Amtsgeheimnissen war.“

Die Miene des alten Herrn veränderte sich plötzlich. „Und die Marie-Luise leidet auch schon so lange darunter.“

„Fräulein von Magnussen? Ich begreife nicht, wie.“



### Plakate

druckt rasch und preiswert packend

Carl John

Dippoldiswalde

2  
Tag

Die  
Minister  
für die  
Weisheit  
Weise an  
24. Juni  
nach § 87  
Auf  
Antrag  
wundung  
halb eine  
Dresden

Ueber  
Martins  
wird beu  
verfahren  
grimmig  
find bis z  
Es wird  
oder die  
stellung e  
im § 13  
zur Prüf  
1925, o  
Termin d  
in Weis  
an den G  
Besth de  
abgelond  
bis zum

Dipp  
h 0-0 n  
in einer  
Dresden  
Transport  
Tharand  
daß sich  
gelegene  
ereignet  
bittern  
arzes  
Kolonne  
nach der  
ab. Da  
Bau vo  
fung an  
zur Hill  
zum Ab  
und ver  
schwier  
an die  
Zweifel  
interess  
Dresden  
Weise i  
angenom  
Unfall  
die Krit  
Geper,  
beizich  
lautete,  
und die  
keitsfal  
Aufgab  
verleis  
den Or  
der in  
Kolonn  
erklärte  
Notwe  
endet.  
Freital  
sammer  
Dippol  
im Fr  
und O  
feier z  
berlich  
entbot  
entschu  
bedürf  
Vreuz  
dann  
der U  
redten